

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

17. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. März 2001, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonck (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Claus Ehlers (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Auswirkungen von BSE und MKS - auch unter finanziellen Gesichtspunkten - auf Schleswig-Holstein aus europäischer Sicht	4
Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
2. Berichtswesen	7
Schreiben des Vorsitzenden vom 16. Februar 2001	
3. Post-Nizza-Prozess	8
AL Werner Kindsmüller, Vertreter der Staatskanzlei	
4. Zukunft der Strukturfonds	10
AL Werner Kindsmüller, Vertreter der Staatskanzlei	
5. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Auswirkungen von BSE und MKS - auch unter finanziellen Gesichtspunkten - auf Schleswig-Holstein aus europäischer Sicht

Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

RL Dr. Terwite trägt vor, MKS sei in seinen Ursachen und Auswirkungen nicht mit BSE zu vergleichen. Bei MKS handele es sich um eine altbekannte Krankheit. BSE dagegen habe allenthalben zu Diskussionen über eine Neuorientierung der Agrarpolitik geführt.

Kurzfristige Maßnahmen zur Eindämmung von BSE seien das Tiermehlverfütterungsverbot, die Entsorgung von Altfuttermitteln auf den Höfen. Verhandlungen hinsichtlich der Finanzierung dieser Maßnahmen zwischen Bund und Land seien noch in Gange.

Der Rindfleischabsatz stabilisiere sich auf niedrigem Niveau, und zwar auf zirka 30 % weniger als vor dem Auftreten von BSE. Die Rindfleischpreise seien stark, nämlich um etwa 33 %, gesunken. Das bedeute, dass selbst der Deckungsbeitrag nicht mehr erreicht werden könne. Außerdem seien in diesem Zusammenhang im nachgeordneten Bereich die nunmehr gemeldeten 1.200 Fälle von Kurzarbeit zu nennen.

Ein weiteres Stichwort sei die auf europäischer Ebene beschlossene Aufkaufaktion. Zuständig dafür sei das Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung, das gegen des fehlenden Nachweises von Entsorgungskapazitäten bei Schlachthöfen Probleme mit der Umsetzung habe. Daher sei in Deutschland die Entlastung, die man sich mit dieser Aktion erhofft habe, wohl nicht zu erwarten. Hinzu komme der ethisch und moralisch unverständliche Aspekt, dass gestestes und insofern unbedenkliches Rindfleisch verbrannt werde. Die Bundesregierung prüfe derzeit, ob dieses Rindfleisch eingelagert, interveniert werden könne, um es möglicherweise an bedürftige Regierungen der Welt zu verkaufen. Dies wäre aufgrund eines Beschlusses auf europäischer Ebene möglich dann, wenn die Mitgliedstaaten die entsprechenden Kosten übernehmen. Ein derartiger Beschluss sei auf europäischer Ebene ein Novum.

Er wendet sich der Finanzierung im Bereich der Agrarpolitik zu und stellt kurz den gegenwärtigen Stand vor. Danach würden im Moment die im Prinzip klassischen Agrarausgaben - erste Säulen - aus der Brüsseler Kasse finanziert. Die zweite Säule der Agrarpolitik seien die Strukturmittel, die mit nationalen Mitteln co-finanziert würden.

Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und der aktuellen Diskussion über die zunehmend diversierenden nationalen Interessen in der Agrarpolitik werde darüber diskutiert, das bislang ausschließlich von der EU finanzierte Geld für eine co-Finanzierung zu öffnen. Ein mögliches Modell könnte sein, die im Rahmen der ersten Säule finanzierten Kleinstbetriebe sowie die entsprechenden Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule umzuschichten. Somit wäre ein Einstieg in eine co-Finanzierung gefunden.

Als Folge von BSE und der Osterweiterung sei also zu erwarten, dass das Thema einer nationalen co-Finanzierung der EU-Agrarausgaben wieder ins Zentrum der Diskussion rücke. Dies sei prinzipiell günstig für Deutschland, weil Deutschland Nettozahler sei, prinzipiell unglücklich für Frankreich, das davon profitiere. Sollte es zu einer solchen historischen Neu-Orientierung der EU-Agrarpolitik kommen, müsse über nationale Finanzierungsmodelle nachgedacht und in Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister über den Länderfinanzausgleich eingetreten werden.

Im Folgenden diskutiert der Ausschuss über die geplante Sondereinkaufregelung für Rindfleisch. Im Rahmen dieser Diskussion, an der sich die Abgeordneten Dr. Kötschau, Behm, Steenblock, Rodust, Ritzek und Klinckhamer beteiligen, sagt RL Dr. Terwitte zu, dem Ausschuss schriftliche Informationen zuzuleiten (Umdruck 15/908).

RL Dr. Terwitte geht auf eine Frage des Abg. Behm hinsichtlich des Transports von Lebewesen ein und berichtet, dass auf europäischer Ebene die aus seiner Sicht lasche Verordnung über Tiertransporte verschärft werden solle. Dass Zuchttiere gehandelt würden, sei eine Folge von Marktwirtschaft und Binnenmarkt. Dies sollte nicht grundsätzlich bedauert werden. Man müsse aber wissen, dass dies das Risiko der Ausbreitung von Seuchen steigere.

Der Ausschuss wendet sich sodann dem Thema „Wende in der EU-Agrarpolitik“ zu. Abg. Spoorendonck bittet um Auskunft darüber, welche Rolle die Agenda 2000 in diesem Zusammenhang als mögliches Instrument der Erneuerung spielt. Abg. Steenblock spricht sich für eine Ausweitung der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik aus. Abg. Rodust stellt die Frage in den Raum, ob man sich vorstellen könne, dass die Agrarpolitik ausschließlich national stattfinde. Nach den Worten von Abg. Klinckhamer wird es sicherlich zu einer Änderung im Bereich der Landwirtschaft kommen. Sollte es zu einer Ausweitung der co-Finanzierung kom-

men, spricht er sich dafür aus, dass zumindest innerhalb der Bundesrepublik sicherzustellen sei, dass keine Wettbewerbsverzerrungen stattfinden.

RL Dr. Terwite wendet sich zunächst den im Rahmen der Agenda 2000 bestehenden Möglichkeiten der Landesregierung zu und legt dar, die Agenda 2000 biete den Mitgliedstaaten bereits jetzt gewisse Ermessensspielräume, die Maßnahmen im Gesetz würden. Die bekanntesten Beispiele innerhalb Schleswig-Holsteins seien die Programme „ziel“ und „zal“. Auch im Bereich der ersten Säule bestünden bestimmte Möglichkeiten, etwa im Rahmen von Modulation oder Cross Compliance. Im Rahmen von Modulation könnten Ausgleichszahlungen durch Mitgliedstaaten bis maximal 20 % gewürzt werden, wenn betriebswirtschaftliche Effekte kompensiert würden. Unter Cross Compliance sei die Kreuzverträglichkeit von Ausgleichszahlungen mit zusätzlichen Kriterien zu verstehen. Die Aufstellung zusätzlicher Kriterien mache dann Sinn, wenn dies überprüft werden könne; dies sei allerdings sehr personalintensiv.

RL Dr. Terwite geht sodann auf die Frage der Abg. Rodust hinsichtlich einer möglichen Renationalisierung der Agrarpolitik ein und führt aus, er könne sich eine solche dann vorstellen, wenn die übergeordneten Ziele der Europäischen Union nicht verletzt würden. Letztlich sei über den Stellenwert von Subsidiarität und Föderalismus in Europa zu reden.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Anhörung zum Thema Zukunft der europäischen Agrarpolitik in kleinerem Rahmen durchzuführen - der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Berichtswesen

Schreiben des Vorsitzenden vom 16. Februar 2001

Nach kurzer Diskussion spricht sich der Ausschuss für folgende künftige Verfahrensweise aus:

1. Im Wechsel erstattet die Landesregierung einen Ostseebericht und einen Europabericht, sodass über jede dieser beiden Themen im Zwei-Jahres-Rhythmus berichtet wird.
2. Der Minderheitenbericht wird in der Mitte der Legislaturperiode erstattet.

Der Ausschuss spricht sich dagegen aus, das Thema Umsetzung der Charta der Regional- und Minderheitensprachen in den Minderheitenbericht zu integrieren.

Abg. Rodust spricht das Thema Einflussnahme des Landtags auf Beschlüsse der Landesregierung im Bundesrat an und spricht sich für rechtzeitige Information des Landtages aus.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Post-Nizza-Prozess

AL Werner Kindsmüller, Vertreter der Staatskanzlei Berichtswesen

AL Kindsmüller berichtet, im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses beziehungsweise der Diskussion über die Zukunft der Union stünden vier Themen im Mittelpunkt:

1. Die zukünftigen Zuständigkeiten zwischen Europäischer Union, den Mitgliedstaaten und den Regionen,
2. die Frage, wie die proklamierte Charta der Grundrechte in die Europäische Charta integriert werden soll,
3. die Vereinfachung der Verträge und
4. die Rolle der nationalen Parlamente in der Architektur der Europäischen Union.

Das weitere Verfahren solle in vier Phasen vonstatten gehen. Im Rahmen der ersten Phase unter schwedischer und belgischer Präsidentschaft solle unter Einbeziehung der Beitrittsländer eine umfassende Debatte stattfinden. In der zweiten Phase, die voraussichtlich bis zum Ende dieses Jahres andauern werde, solle der Diskussionsprozess strukturiert werden. In einer dritten Phase solle mit einem Konvent ein Vorschlag für die nächste Regierungskonferenz erarbeitet werden. Die vierte Phase betreffe die Regierungskonferenz 2004, in der Vertragswerke zur Abstimmung stehen.

Parallel dazu findet die Diskussion über die Zukunft des Strukturfonds, über Fragen der Agrarpolitik, das Verhältnis nationaler Kompetenzen und europäischer Kompetenzen statt und es werde die Erweiterung der Europäischen Union vollzogen. 2004 werde ein neues Europaparlament gewählt, 2005 trete eine neue Kommission ins Amt.

All das mache deutlich, dass nunmehr eine Debatte über die Zukunft der Europäischen Union geführt werde. Er, AL Kindsmüller, empfehle daher, die Diskussion nicht zu eng zu führen.

Er berichtet sodann, dass auf der letzten Europaministerkonferenz eine Aufgabenverteilung der verschiedenen Aufgabenkomplexe auf Länder der Bundesrepublik erfolgt sei und legt kurz

die Aufgabenverteilung dar: verfahrensrelevante Fragen Bremen, Frage der Kompetenzabgrenzung und Umsetzung im Vertrag: Niedersachsen, Bayern und Sachsen; Einordnung der Grundrechtecharta: Thüringen; Demokratische Legitimation und Transferenz europäischen Verhaltens: Rheinland-Pfalz und Berlin; Stärkung der Rechte der Regionen: Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Bereits im Mai solle ein erster Zwischenbericht vorgelegt werden.

Der Ausschuss nimmt mit Befremdung zur Kenntnis, dass sich das Land Schleswig-Holstein an keiner dieser Arbeitsgruppen beteiligt. Die Mitglieder kommen überein, gegenüber der Landesregierung schriftlich deutlich zu machen, dass Schleswig-Holstein ein Interesse daran hat, an dieser Diskussion nicht nur teilzunehmen, sondern auch Einfluss zu nehmen.

AL Kindsmüller geht auf Fragen der Abg. Rodust bezüglich des von ihm erwähnten Konvents ein und legt dar, ob im Konvent die Beitrittsländer vertreten sein würden, sei derzeit nicht zu beantworten. Derzeit sei noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob es einen Konvent geben werde. Es sei aber die Entscheidung getroffen worden, dass der gesamte Prozess unter enger Einbeziehung der Beitrittsländer erfolge. Bezüglich eines möglichen Einstimmigkeitsprinzips im Rahmen des Konvents sei zu sagen, wenn man die Erfahrungen mit dem Konvent zur Erarbeitung der Charta der europäischen Grundrechte zugrunde lege, könne man sagen, dass dort auch so etwas wie eine Einmütigkeit geherrscht habe. Ein Konvent habe es allerdings leichter, einmütig zu sein, weil darin nicht die Staats- und Regierungschefs vertreten seien.

Abg. Rodust schlägt vor, eine große Anhörung zum Thema Daseinsvorsorge durchzuführen - die Mitglieder des Ausschusses kommen überein, zu gegebener Zeit auf diesen Vorschlag zurückzukommen.

Auf Vorschlag von Abg. Lehnert beauftragt der Ausschuss die Landesregierung, ihm schriftlich über den aktuellen Stand auf EU-Ebene zu berichten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zukunft der Strukturfonds

AL Werner Kinds Müller, Vertreter der Staatskanzlei

AL Kinds Müller berichtet, die Debatte über die Zukunft des Strukturfonds nach 2006 habe bereits begonnen. Die Kommission habe im Januar den zweiten Kohäsionsbericht vorgelegt und erste Vorstellungen skizziert, wie die Strukturpolitik nach 2006 aussehen könnte. Damit habe die Debatte auf nationaler und europäischer Ebene begonnen. Die Grundlagen der Strukturpolitik würden sich auch vor dem Hintergrund der geplanten Beitritte verändern.

Auch im Rahmen der Landesregierung habe eine grundsätzliche Debatte begonnen, die er kurz anhand von zehn Punkten vorstellen wolle.

1. Die künftige EU-Strukturpolitik müsse zuallererst das Ziel haben, die Kluft zwischen neuen und alten Mitgliedsländern zu verkleinern.
2. Ziel Schleswig-Holsteins, das nach 2006 vermutlich aus der Strukturfondförderung herausfallen werde, müsse sein, dass keine relative Benachteiligung Schleswig-Holsteins stattfindet.
3. Die thematische Ausrichtung der künftigen EU-Strukturförderung müsse stärker in Richtung Wissensgesellschaft gehen.
4. Die Umsetzung der EU-Strukturpolitik insgesamt müsse einfacher werden.
5. Es sei die Frage zu stellen, wie mit den Beitrittsländern umzugehen sei. Hier favorisiere er das Instrument des Kohäsionsfonds, aus dem einzelne Projekte Maßnahmen bezuschusst werden könnten.
6. Die Ziel-1-Förderung werde auch künftig den Schwerpunkt der Förderung binden müssen.
7. Debattiert werde sicherlich auch über die Frage, ob es außerhalb von Ziel-1 überhaupt eine Förderung geben solle.

8. Wichtig sei die Senkung des Verwaltungsaufwands sowohl für die Programmierung von Verfahren als auch für deren Kontrolle und die Frage der Ausweisung der Fördergebiete.
9. Es werde sicherlich eine Debatte über die mögliche Ausweitung des Spielraums für Regionalbeihilfen geben.
10. Die Debatte über die Strukturpolitik und die Agrarpolitik müsste zusammengeführt werden.

AL Kindsmüller schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis auf eine Gruppe innerhalb der Landesregierung, die anhand dieser Positionierungen entlang arbeite. Diese Positionierungen würden in die Europaministerkonferenz eingebracht werden mit dem Ziel, bis Mitte des Jahres eine erste Positionierung der Länder zu ermöglichen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Rodust regt an, dass die Landesregierung die Mitglieder des Europaausschusses zur Eröffnung der Landesvertretung in Berlin am 28. Juni einlädt.

Der Vorsitzende weist auf die gemeinsame Sitzung der Europaausschüsse der Hamburger Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 2. Mai 2001 in Hamburg hin.

Der Vorsitzende berichtet, die Mitglieder des Europaausschusses seien von der Europaschule in Groß-Hanstorf am 28. Mai eingeladen worden. Dort werde ein Europatag durchgeführt. Er kündigt an, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Der Vorsitzende kommt sodann auf die geplante Reise des Ausschusses nach Kaliningrad zu sprechen. Er berichtet von einem Gespräch mit dem Präsidenten, der verschiedene Argumente vorgetragen habe, diese Reise im nächsten Jahr durchzuführen. Gründe dafür seien gewesen die gerade stattfindende Neuordnung der Strukturen in Kaliningrad, noch nicht erfolgte Umsetzung von neuen Partnerschaften gegebenenfalls mit Pomerania sowie eine Neuordnung der Finanzmittel für Ausschüsse. Der Präsident habe vorgeschlagen, dass der Ausschuss in diesem Jahr eine Reise nach Südschweden durchführt. Außerdem sei die Notwendigkeit einer Reise nach Brüssel im Zwei-Jahres-Rhythmus zugestanden worden. Dies könne ergänzt werden durch Einladungen an das Hanse-Office in den Jahren, in denen der Ausschuss nicht nach Brüssel reist.

Abg. Dr. Kötschau äußert wenig Verständnis für die Verschiebung der geplanten Reise nach Kaliningrad. Gerade Kaliningrad sei Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses. Sie hielte es für sinnvoll, bereits im Vorwege Kontakt aufzunehmen und deutlich zu machen, dass der Vertrag zwischen der Oblast Duma und dem Schleswig-Holsteinischen Parlament ausgefüllt wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden und dem Präsidenten des Landtages grundsätzlich akzeptiert werde.

Abg. Dr. Kötschau schlägt vor, auf der Reise nach Kaliningrad auch das Multinationale Chorps und Pomerania einzubeziehen.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin